

Mit Schweizer Geld suchten sie in Irland die Freiheit

BEZIRKSGERICHT Ein Ehepaar hat die Stadt um 150 000 Franken geprellt. Es lebte während dreieinhalb Jahren im Ausland und bezog zu Unrecht Ergänzungsleistungen. Vor Gericht schwankten die zwei zwischen Einsicht und Selbstmitleid.

Frau S. hatte keine Geduld mit der Richterin. «Wir sind bereit, mit den Konsequenzen zu leben», sagte die 63-Jährige. Sie und ihr Mann stünden zu dem, was sie getan hätten. Die Richterin müsse nicht nochmals den ganzen Fall aufrollen. Während dreieinhalb Jahren hatten sie und ihr Ehemann, Herr S., in Irland gewohnt. In dieser Zeit hatten sie aber wahrheitswidrig angegeben, in der Schweiz zu wohnen, und damit zu Unrecht Ergänzungsleistungen in der Höhe von insgesamt 150 000 Franken bezogen.

«Weniger frei als je zuvor»

Auf die Frage der Richterin, wie es dazu gekommen sei, sagte Frau S.,

eine gelernte Tapeziererin und Innendekorateurin, zunächst nichts. Sie kämpfte mit den Tränen und begann dann doch zu erzählen: Sie und ihr Mann hätten es 2012 in der Schweiz nicht mehr ausgehalten. Sie sei psychisch und physisch «sehr schlecht dran» gewesen. Nach einer Rückenoperation habe sie sich nicht richtig erholt, die vielen Medikamente hätten alles nur schlimmer gemacht.

In Irland suchte das Paar die Befreiung. «Aber heute sind wir weniger frei, als je zuvor», sagte Frau S. Aktuell lebten sie und ihr Mann mit 3700 Franken monatlich. «Dabei haben wir 350 000 Franken Schulden»,

sagte sie und stützte den Kopf in die Hände.

Herr S., gelernter Bijouterieverkäufer, bezeichnete die Flucht nach Irland als «Notwehr». «In der Schweiz war unsere Situation sehr schwierig, der Hausbesitzer, die anderen Mieter, die schwere Rückenoperation meiner Frau – wir hielten es nicht mehr aus hier.» Irland hätten sie gewählt, weil es ein «absolut freies Land» sei, dessen «totale Natur es dem Menschen ermöglicht, wieder zu sich zu finden». «Irland ist ein Ort, der heilt, im Gegensatz zur überzivilisierten Schweiz», sagte er zur Richterin. Doch der Schmerz verschwand auch in Irland nicht. Kurz bevor ihr Schwindel in der Schweiz aufzog, hätten sie entschieden zurückzukehren. «Wir wussten, dass wir hier Zugang zu anderen Ärzten haben», sagte Herr S.

Aus den Aussagen des Ehepaars wurde nicht immer klar, ob es seine Schuld erkannt hatte oder ob es sich eher als Opfer sah. So sprach Frau S. etwa von «Unannehmlichkeiten», die ihr leidtun würden. «Wir bedauern, dass uns das passiert ist und dass Winterthur dadurch ein Schaden entstanden ist.» Bisher seien sie und ihr Mann «absolut korrekte Menschen» gewesen und «nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten».

«Unter dem Existenzminimum»

Die Richterin milderte die von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafe für das Ehepaar ab, vor allem wegen dessen «äusserst knappen finanziellen Situation». «Sie wissen schon, Sie leben unter dem Existenzminimum», sagte die Richterin. Doch gleichzeitig habe

das Ehepaar den Staat um 150 000 Franken geprellt, eine «sehr erhebliche Deliktsumme». «Sie wussten genau, dass Sie sich strafbar machten, als Sie gegenüber dem Winterthurer Sozialamt angaben, dass Sie in der Schweiz lebten.»

Die Richterin sprach die beiden des Betrugs schuldig und des Vergehens gegen das Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen und verurteilte sie je zu einer bedingten Geldstrafe von 6000 Franken. Eine Busse von 1200 Franken müssen sie je bezahlen, sonst müssten sie zwölf Tage ins Gefängnis. Die Richterin riet den beiden, die Busse als gemeinnützige Arbeit abzuarbeiten, wenn sie physisch und psychisch dazu in der Lage seien. «So können Sie der Gesellschaft immerhin etwas zurückgeben.» Deborah Stoffel

Neuer Rekord für KMU-Max

UNTERNEHMERPREIS Der diesjährige KMU-Max ist weiter auf Rekordkurs: Zuerst wurden mit 77 Unternehmen schon so viele Firmen wie noch nie für den «Unternehmens-Oscar» vorgeschlagen. Nun haben mit über 4000 eingegangenen Votingstimmen auch so viele Personen an der Online-Abstimmung teilgenommen wie noch nie. Zum Vergleich: Im Vorjahr gingen rund 3400 Stimmen ein.

Mit dem Online-Voting, das den ganzen Monat April über lief, wurden drei Finalisten bestimmt. Aus denen wird an der grossen KMU-Max-Gala im Casinotheater am 17. Mai der Sieger erkoren. Die drei Finalisten sind: die **Baufirma Bossi** aus Wülflingen, das Musikgeschäft **Musik Spiri** an der St.-Georgen-Strasse sowie das Holzbaugeschäft **Zehnder Holz und Bau** aus Hegi. *bä*

Alle weiteren Infos zum KMU-Max im Internet: kmu-max.ch

«Bei Wasser und Brot entwickelt kein Mensch Fähigkeiten»

STADTALK Die Wiedereingliederung von ehemaligen Gefangenen ist Annette Keller, Direktorin des Frauengefängnisses in Hindelbank, ein grosses Anliegen.

In der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hindelbank wohnen und arbeiten hundert eingewiesene Frauen im Alter zwischen 20 und 74 Jahren. Ein Drittel wurde wegen Tötungsdelikten verurteilt, ein Drittel ist mit dem Betäubungsmittelgesetz in Konflikt geraten, und ein Drittel hat Betrugs- und Diebstahldelikte begangen. Die Nationalitätenvielfalt zeigt sich jeweils bei der monatlichen Einführung für die Neueintretenden.

Auf der Suche nach Arbeit

Etwa die Hälfte der Frauen haben Kinder. Bis zum Alter von drei Jahren dürfen Kinder mit ihren Müttern im Gefängnis leben. Tagsüber, während die Frauen sieben Stunden in der Wäscherei, der Nähwerkstatt oder der Verpackungstrasse arbeiten, besuchen die Kleinen im Dorf eine Kindertagesstätte. Aktuell leben vier Kleinkinder in der JVA. Sind die Kinder älter als drei Jahre, werden sie in einer Pflegefamilie fremdplatziert, besuchen aber ihre Mütter regelmässig. Die Eingewiesenen sind auf sieben



Stadtalk in der Coalmine: Annette Keller ist seit sechs Jahren Gefängnisdirektorin in Hindelbank.

Madeleine Schoder

Wohngruppen verteilt, nicht nach Delikten oder Nationalitäten getrennt, sondern bewusst gemischt. Das Bildungsniveau ist

bei den meisten eher tief. «Diese lebendige Mischung einer Zwangsgemeinschaft ist eine Herausforderung sowohl für die

Verurteilten wie auch für die Betreuenden», sagt Annette Keller, seit sechs Jahren Gefängnisdirektorin in Hindelbank. «Unser

Auftrag ist es, den Frauen eine Arbeit zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig mit ihnen zu arbeiten, damit sie nach ihrer Entlassung nicht rückfällig werden.» Für maximal 107 Frauen ist die 55-jährige Gefängnisdirektorin stets auf der Suche nach Arbeit. Um die Dienstleistungen der JVA besser bekannt zu machen, hat sie eine modern gestaltete, pfiffig getextete kleine Werbebroschüre mit dem Titel «Frauenpower für Ihr KMU» produzieren lassen. Das Titelbild zeigt eine Frau mit rotem Haarband und blauer Arbeitsbluse, die den Ärmel hochkrempelt und ihren muskulösen Oberarm zeigt.

Beachtliche Karriere

«Power» scheint auch die Direktorin zu haben: Die zierliche kleine Frau mit der angenehm pastoralen Stimme hat eine beachtliche Karriere hinter sich: In Ermatingen am Bodensee aufgewachsen, hat sie sich zuerst zur Primarlehrerin ausbilden lassen, ein paar Jahre unterrichtet, später dann aber eine Landwirtschaftsschule absolviert. Als internationale Wahlbeobachterin reiste sie zwischendurch unter anderem in Länder wie Südafrika, Armenien, Tadschikistan und die Ukraine. Anschliessend studierte sie Theologie und wurde Pfarrerin. «Ich bin aber zu wenig heilig», erklärte

sie den erneuten Berufswechsel, der sie in den Sozialdienst der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern führte und in diesem Zusammenhang dann auch mit der JVA Hindelbank in Kontakt brachte.

Einsicht ist das Wichtigste

Ihr ist der «humane Vollzug» ein grosses Anliegen. Sie beschreibt ihr Gefängnis als «gut gesichertes Heim», das den Eingewiesenen einen Ort zum Leben gibt und sie auf ein deliktsfreies Leben nach der Entlassung vorbereitet. Bildungslücken sollen nachgeholt werden. Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Psychiater, Therapeuten, drei Geistliche und Pflegefachkräfte unterstützen die Frauen mit den «belasteten Biografien», sich später «draussen» zurechtzufinden. «Einsicht ist das Wichtigste, um nicht rückfällig zu werden», sagt Keller. «Bei Wasser und Brot entwickelt der Mensch keine Fähigkeiten.»

Der Spardruck macht aber auch ihrer Institution zu schafften. Was würde sie mit einem 20-Millionen-Geschenk machen? «In die Prävention investieren, mehr Personal einstellen und auf dem Areal ein Haus bauen, in dem Gefangene am Wochenende mit ihren fremdplatzierten Kindern wohnen können.»

Regina Speiser

Der Gewerbeverband und die Gewerkschaften sagen Ja.



In einheimische Energie und Effizienz investieren.

Nützt Gewerbe und Arbeitsplätzen in der Schweiz.

Und macht unabhängig vom Ausland.

Ja sagen:

BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP; Bauernverband, Gewerbeverband, Travail.Suisse, Swisscleantech; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE; BirdLife, Greenpeace, Pro Natura, SES, VCS, WWF, Stiftung Landschaftsschutz, Aqua Viva; Städte- und Gemeindeverband. Zusammen mit Bundesrat, Parlament und Kantonen.



21. Mai 2017

ENERGIE STRATEGIE JA

Komitee Energiestrategie JA, Postfach, 3001 Bern energiestrategie-ja.ch